Nr. 398. 36. Jahrg.

Abend-Ausgabe.

15 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 9,— Mk., monatl. 3,— Mk. frei ins Haus, sowie zahlbar. Postbezug: Monatlich 3,— Mk. exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 6,25 Mk., für das übrige Ausland 10,25 Mk. bei täglich einmal. Zustellung 8,25 Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden u. die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 1,50 Mk. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 60 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 40 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 50 Pfg., jedes weitere Wort 30 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1,50 Mk. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Mittwoch, den 6. August 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Straßenkampf in Turin.

Turin, 6. August. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) In den Straßen von Turin finden seit gestern früh blutige Kämpfe statt. Es hat Tote und zahlreiche Verwundete gegeben. Kinder von Sozialisten, die aus der Schule zurückkamen, wurden von den Polizisten am Weitergehen verhindert.

Einer der Schutzleute tötete ein Kind. Die Menge folgte den Karabinieri und warf Steine auf den Posten. Sämtliche Posten zogen sich zurück und schossen auf die Menge.

Die sozialistische Partei proklamierte gestern morgen einen 24stündigen Generalstreik. Am Dienstagabend haben heftige Kämpfe stattgefunden. Die Ruhe ist noch nicht wiederhergestellt.

Die Lage in Ungarn.

Je klarer das Bild wird, das man von den zurzeit in Ungarn herrschenden Verhältnissen in Ungarn gewinnt, um so ersichtlicher wird die ungeheure Schuld, welche die bisherigen Machthaber, die Budapester Diktatoren, auf sich geladen haben. Durch ihre von keinem Verantwortlichkeitsgefühl geleitete Politik haben sie das Land in eine Lage gebracht, die es jetzt allen Schrecken der feindlichen Invasion und den Roheiten imperialistischer „Befreier" aussetzt. Mit vollem Recht erklärte in der letzten Sitzung des Wiener Arbeiterrats Friedrich Adler, indem er gegen die Kommunisten polemisierte, die letzten Geschehnisse als eine Niederlage des Proletariats, indem dieses von den Bolschewisten zu übertriebenen Forderungen veranlaßt worden sei.

In der Wiener Nationalversammlung erklärte der Präsident Seitz, daß die ungarischen Genossen den Sozialismus diskreditiert hätten und er bezeichnete die Errichtung der Rätediktatur als einen Unsinn. In einer Resolution des Arbeiterrats in Wien wird ausgesprochen, daß den bisherigen ungarischen Volksbeauftragten selbstverständlich eine Asylstätte zu gewähren sei. Die Bourgeoisie wird in der Resolution auf das Nachdrücklichste verwarnt, unter dem Deckmantel einer Polemik gegen den Bolschewismus eine reaktionäre Hetze gegen den Sozialismus zu unternehmen. „Die Bourgeoisie jubelt zu früh, wenn sie glaubt, daß mit der ungarischen Räteregierung auch die Macht der Arbeiterklasse gebrochen sei."

Die Imperialisten der Entente begrüßen insgeheim den Einmarsch der Rumänen, hoffen sie doch, durch ihn nicht nur den Kampf gegen den Bolschewismus zu führen, sondern auch die sozialistischen Bestrebungen der Arbeiterschaft auf ein möglichst geringes Maß zurückzuführen.

In Budapest, wo am Vormittag die Abgabe der Waffen innerhalb von zwei Stunden unter Trommelschlag gefordert wurde, herrscht zurzeit Ruhe. Während die rumänischen Soldaten in den Vorstädten von Budapest sich großer Ausschreitungen schuldig machen, bemüht sich die neue ungarische Regierung, bereits jetzt eine gewisse Reorganisation des Wirtschaftslebens herbeizuführen. So hat der Ministerrat die Rückgabe sämtlicher „kommunisierter" Finanzinstitute, Unternehmungen und Betriebe, Fabriken und Geschäfte ausgesprochen. Auf sämtlichen Linien der ungarischen Staatsbahnen ruht der Personenverkehr.

*

Der Oberstadthauptmann Dietz erklärte: Zurzeit wird die öffentliche Sicherheit bloß durch die in der Stadt zirkulierenden rumänischen Patrouillen aufrechterhalten. Wer nach der Sperrstunde, ohne Nachtarbeiter zu sein, auf der Straße angetroffen wird, wird verhaftet. Der Oberstadthauptmann hofft in einigen Tagen wieder eine Polizei zur Erhaltung der Ordnung und Ruhe zu haben.

Politische Streiks in England.

Regierungserklärung gegen Streikende.

Der Streik auf der Londoner Südwest-Eisenbahn hat auch auf die City- und Süd-Londoner elektrische Eisenbahn übergegriffen. Dies bedeutet eine große Verlegenheit für die Leute, die von den Vorstädten nach der City zu gelangen wünschen.

Im Unterhaus sagte in Erwiderung einer Anfrage Minister Bonar Law: Jeder Versuch, die Entscheidung über politische Fragen, die das ganze Land angehen, durch Mittel, wie den Generalstreik der Kohlenbergleute, Eisenbahner und Transportarbeiter, zu erzwingen, würde im Falle des Gelingens das Ende der demokratischen konstitutionellen Regierung in England bedeuten. Deshalb werde es Pflicht der Regierung sein, solchem Versuch mit allen ihr zur Verfügung stehenden Hilfsmitteln Widerstand entgegenzusetzen. (Beifall.)

Kesseltreiben.

Unter dem Druck der Weimarer Enthüllungen waren sie acht Tage lang recht still und bedrückt. Seit einigen Tagen rühren sie sich wieder kräftig, die alldeutschen Reaktionäre und Kriegsverlängerer. Zwar von der Verhinderung der Friedensmöglichkeit im Frühherbst des Jahres 1917 sprechen sie auch jetzt nicht. Dafür um so lauter von Erzberger, dem Reichsfinanzminister.

Es gibt kein Verbrechen, das sie dem Zentrumsführer nicht andichten; keine unsaubere Machenschaft, die sie ihm nicht nachsagen. Und der Refrain jedes giftigen Haßliedes ist stets: wie lange wird dieser Patron noch einen deutschen Ministersessel drücken?

Mit verteilten Rollen und mit scharfer Munition wird von allen Seiten das Kesseltreiben gegen Erzberger geführt. Es fliegen Briefe und Aktenstücke auf den Tisch. Der selbstlose Helfferich entrüstet sich in der „Kreuzztg." über die „Schildkröte", die die Beine einziehe und sich tot stelle. Die „Post" bringt Aktenstücke, die den ehemaligen Landsturmmann Erzberger betreffen und den Beweis liefern, wie der Reichstagsabgeordnete durchreklamiert worden ist. Bekanntlich hat es alldeutsche Heimkrieger nicht gegeben. Alle Patrioten haben sich zu den Fahnen in die ersten Gräben gedrängt. Sie haben es in der Etappe nicht ausgehalten, noch viel weniger daheim. Die konservativen und nationalliberalen Reichstagsabgeordneten haben Mann für Mann das Gewehr geschultert. Jeder hatte nur den einen glühenden Wunsch: ran an den Feind, das Leben opfern für das Vaterland. Und in den Redaktionen der alldeutschen Blätter sogar Partei hat sich niemals jemand reklamieren lassen. Nur dieser Schuft Erzberger hat es sich gefallen lassen, daß die Zivilbehörden sich seiner als unabkömmlich angenommen und die Reklamation immer wieder erneuert haben. An den Galgen mit diesem Drückeberger!

Triumphierend weiß die „Post" denn auch zu melden, daß das Volksgericht sich des Gauners verdientermaßen angenommen hat. Am Schliersee in Oberbayern hat Erzberger den Kehrtod gefunden; er ist auf einem fünf Meter hohen Holzstoß verbrannt worden. Vorläufig erst in seiner Abwesenheit. Aber wenn sie ihn erst kriegen, die Berliner alldeutschen Sommerfrischler, dann wirds erst eine Gaudi geben in den oberbayerischen Bergen!

Für die „Tägl. Rundschau" ist bei der Verteilung der Waffen ein Brief Erzbergers an den Marschall Foch abgefallen. Darin bittet der Verfasser unter dem 6. Mai den Oberkommandierenden der alliierten Truppen um die Freilassung eines deutschen Kriegsgefangenen, der ihm durch „bekanntschaftliche Beziehungen" nahe steht: „Sie (Foch) würden mir damit eine besondere Gefälligkeit erweisen, für welche ich Ihnen auch besonders dankbar sein würde."

Dieser Brief belastet tatsächlich den Absender. Um solche Gefälligkeiten bittet man nicht, wenn man als Führer der deutschen Waffenstillstandskommission dem unerbittlichen Sieger gegenübersteht. Darin dokumentiert sich ein Mangel an Würde, der bedauerlich ist.

Aber den Reichsfinanzminister Erzberger belastet dieser Brief nicht. So wenig wie die Reklamationsgesuche der Zivilbehörde oder die Angriffe des ehemaligen Reichsfinanzministers und späteren Vizekanzlers Helfferich. Es kann jemand sehr gute und wirksame Steuergesetze machen, der sich hat reklamieren und der es an dem notwendigen persönlichen und politischen Takt gegenüber dem siegreichen Gegner hat fehlen lassen. Um den Reichsfinanzminister aber geht das ganze Kesseltreiben. Es soll der Mann umzingelt und mit dem Genickfang bedacht werden, der den Mut hat, die Unpopularität der neuen Steuervorlagen auf sich zu nehmen. Die Kapitalisten stürzen von allen Seiten herbei, um mit dem Regierungstode Erzbergers ihren Besitz vor dem drohenden großen Aderlaß zu retten.

Unter diesem Gesichtspunkt und nur unter diesem ist das Kesseltreiben zu verstehen. Matthias Erzberger war einstmals wie seine jetzigen Feinde ein Sozialistentöter. Wenn er damals sein Rößlein ritt, wurde er gefeiert und gepriesen von derselben Meute, die ihn heute umstellt und erledigen will. Erzberger stürzen heißt für seine Gegner die Steuervorlagen vereiteln oder sie doch so stark abschwächen, daß sie dem Besitzenden nicht mehr besonders wehe tue.

Deshalb alle Mannen aufgeboten, alle Kraft zusammengerissen! Es geht um ein hohes Ziel: die Heimkrieger wollen sich vor der Bezahlung drücken, wie sie sich vor dem Waffendienst gedrückt haben. In die Flammen mit dem Scheusal Erzberger!

Sind Millionäre erträglich?

Vor Jahrzehnten las ich einen Brief eines berühmten Nationalökonomen an einen meiner Freunde, in dem es hieß, auf keinem Gebiete der Volkswirtschaft begegnet man so häufig Vorschlägen und Projekten als auf dem des Steuerwesens. Freilich glaube ich, daß der alte Geheimrat im dritten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts nicht mehr so schreiben würde, wie im neunten des vorigen. In wenigen Jahren werden alle Steuermöglichkeiten, die irgendwie praktische Bedeutung haben können, Gesetz geworden sein und alle Gedanken, wie man aus den die Lasten der Staaten tragenden Völkern Geld herauspressen kann, werden dann erschöpft sein.

Da die vielen Steuern, die nun Gegenstand emsigster Beratung in Weimar bilden, noch nicht Gesetz geworden sind, so ist der Finanzphantasie noch Gelegenheit zur Betätigung gelassen. Aber diese Phantasie hinkt stark der Wirklichkeit nach. So in dem Artikel über das „Reichsnotopfer oder Notanleihe?" im „Vorwärts" vom 27. Juli.

Weit radikaler, weit sozialistischer, weil erheblich mehr antikapitalistisch als der Vorschlag der Notanleihe, ist der Gesetzentwurf, der der Nationalversammlung zugegangen ist. Er ist auch weit praktischer und erheblich ehrlicher. Aus allen diesen Erwägungen müssen wir uns für das Reichsnotopfer, wie es uns in der Regierungsvorlage vorgeschlagen ist, und nicht für die Notanleihe erklären. Damit soll aber durchaus nicht gesagt sein, daß uns das Reichsnotopfer als die vollendete Form der einmaligen Vermögensabgabe erscheint. Wir können uns noch erheblich größere Eingriffe in das private Eigentum denken. Es wird Gegenstand der ernstesten Erwägung sein, ob nicht das Reichsnotopfer neben der Aufgabe, den Schuld-Chimborasso des Deutschen Reichs zu einem Schulden-Montblanc abzutragen, noch eine andere, noch bedeutsamere Funktion ausüben soll: Mit den Riesenvermögen in Deutschland einmal aufzuräumen und daneben bedeutsamste Voraussetzungen für die Sozialisierung zu schaffen, wobei der finanzpolitische Zweck der Vorlage, unsere Schuldenlast möglichst zu verringern, noch in höherem Maße erfüllt werden könnte als durch die an sich sehr radikale Vorlage des Reichsfinanzministeriums.

Deutschland hat eine ganze Reihe von Vermögen über 50, ja einige über 100 Millionen Mark. Soll das aus tausend Wunden blutende Deutschland überhaupt ein Rentnerdasein, ja die Existenz von Millionären noch ertragen?

Wenn die Forderungen der Entente bekannt sein werden, werden wir mehr Schulden haben, als wir bezahlen können, werden wir mehr Außenstände haben, als wir Vermögen besitzen. Dann werden nicht nur die breiten Massen, sondern auch der Mittelstand, ja die bisher recht Wohlhabenden und viele bisher sehr Wohlhabende und mäßig Reiche ihre Lebenshaltung außerordentlich einschränken müssen, mit vielen lieben Gewohnheiten und mit manchem durchaus berechtigten Wohlbehagen brechen, auf gar viele Annehmlichkeiten des Lebens verzichten müssen. Eine völlige Umschaltung der Lebenshaltung von reichlich neunzehn Zwanzigstel unserer Bevölkerung wird sich erzwingen. Ob es unter diesen Umständen noch Millionäre geben darf, ist eine Frage, die schon beantwortet ist, sowie sie nur gestellt wird.

Danach ergibt sich das Problem, das Reichsnotopfer so auszubilden, daß alle Vermögensteile über einen gewissen Vermögenssatz restlos dem Reiche zufallen. Daß damit das Ablösungsproblem bei der Sozialisierung in erheblicher Weise abgelöst wäre, würde sich als ein weiterer Vorteil ergeben.

Unsere wirtschaftlichen Verhältnisse sind freilich so schwierig und so kompliziert, vielfach durch den Krieg und seine Nachwirkungen so krankhaft, daß man diese Vorschläge natürlich unter dem Gesichtspunkt der Erschütterung prüfen muß, die sie hervorrufen könnten.

Die Konfiskation der über ein gewisses Maß hinausgehenden Vermögen muß nicht unbedingt zur sofortigen Uebernahme dieser Vermögenswerte führen, soweit sie in Immobilien bestehen. Das Gesetz über das Reichsnotopfer sieht ja die Abtragung dieser Leistungen für einen längeren, ja, unserer Meinung nach allzu langen Zeitraum vor, so daß sich wohl der Weg finden ließe, dem gegenwärtigen Staatsorganismus keine zu schweren und für den Augenblick vielleicht unlösbaren Aufgaben zu stellen und doch das zu erreichen, was wir erstreben.

Die Möglichkeiten, die das Reichsnotopfer eröffnet, zeigen die große und fruchtbare Bedeutung höchster sozialistischer Ausmünzung. Die **Notanleihe** dagegen ist nichts anderes, als ein **Kompromiß mit dem herrschenden Kapitalismus**. Das Reichsnotopfer sagt schon in der heutigen Form, deren Sätze wir freilich gerne verschärft sehen möchten, was den Kapitalisten blüht; die Notanleihe will den Anschein erwecken, als ob sie den Kapitalisten nicht wehe täte. Ganz nebenbei wird freilich bemerkt, daß die Notanleihe später teilweise oder völlig wertlos erklärt werden könnte. Das ist eine unverständliche und nirgends Vertrauen erweckende Politik. Jedenfalls ist das Reichsnotopfer von der Notanleihe so stark verschieden, wie sozialistische von kleinbürgerlichen Anschauungen. Das Reichsnotopfer bringt Geld dem Reiche, und soweit es nicht sofort das Geld bringt, muß der Außenstand dem Reiche verzinst werden. Bei der Zwangsanleihe muß aber das Reich verzinsen. Wir haben wahrlich genug zu verzinsen. Daß es ein Fortschritt sein soll, dort zu verzinsen, wo sich das Reich durch das Reichsnotopfer eines großen Teiles seiner Zinsenlast entledigen könnte, erscheint nicht gerade als eine glückliche Begründung des Vorschlags.

Die Begehrlichkeit unserer Gegner werden wir durch die Notanleihe nicht einengen. Wer den Friedensvertrag genau gelesen hat, weiß nur zu gut, daß die Begehrlichkeit unserer Gegner klar umschrieben ist. Die Vorlage über das Reichsnotopfer ist doch kein „ganz geheimes" Aktenstück, von dem unsere Gegner nichts erfahren könnten, wenn wir, statt das Reichsnotopfer von unserem Volke zu heischen, eine Zwangsanleihe auflegen würden. Die Finanzsachverständigen im bisher feindlichen Auslande wissen ganz genau, wieweit unsere Leistungsfähigkeit geht. Sie mögen sie ein wenig überschätzen, aber sie täuschen sich darüber nicht, daß wir die in dem Friedensvertrag angedeuteten **Kosten der Wiedergutmachung nicht werden tragen können.**

Die Behauptung, daß das Reichsnotopfer gegenüber der Notanleihe einen ungeheuer viel größeren komplizierteren Apparat für seine Durchführung erfordern würde, entspricht durchaus nicht den Tatsachen. Unsere ganze Steuergesetzgebung macht eine **Offenlegung des Vermögensbesitzes** dem Reiche gegenüber notwendig. Das ist der Fall bei der Kriegsvermögensabgabe, die zu einer Generalbilanz der ganzen privaten Kriegswirtschaft führen muß. Das ergibt sich aus den rechtskräftigen und vorbereiteten Gesetzen über die Steuerflucht, aus der Reichseinkommensteuer und auch aus der Erbschaftssteuer, wie auch aus der Grundwechselabgabe. **Es wird verhältnismäßig sehr leicht sein, die Höhe des Kriegsnotopfers für jeden Steuerpflichtigen festzustellen,** und es wird sehr schwer für die Steuerpflichtigen sein, sich der Steuerleistung zu entziehen.

Wenn der Kritiker des Reichsnotopfers und der Empfehler der Notanleihe im „Vorwärts" einwendet, daß das Reichsnotopfer in seinen höheren Sätzen nicht nur das Vermögen, sondern auch damit zugleich die Einnahmen außerordentlich scharf angreift, so müssen wir dazu bemerken, daß das dem Reichsnotopfer in besonders hohem Maße den Vorzug gibt vor der Notanleihe.

Je mehr man sozialistisch die im „Vorwärts" vom 27. Juli aufgeworfene Frage zu beantworten sucht, desto eindeutiger wird die Entscheidung fallen müssen für das Reichsnotopfer.

Kohlenlieferung an Frankreich. Der „Telegraaf" meldet aus Paris vom 5. August: Heute ist die erste Ladung Steinkohle aus dem Ruhrgebiet in Frankreich angekommen.

Die Besetzung des Rheinlands. Die englische Regierung hat im Unterhaus den Text der bereits von Wilson, Clemenceau und Lloyd George am 16. Juni unterzeichneten Erklärung über die militärische **Besetzung des Rheingebietes** eingebracht.

Englische Regierungserklärung zum Friedensangebot.

In Beantwortung einer Anfrage über die Erklärung **Erzbergers** in Weimar betreffend eines **Friedensangebotes**, das die Alliierten Deutschland im August 1917 gemacht haben sollen, sagte **Harmsworth**, die Erklärungen Erzbergers in Weimar seien keine genaue Darstellung der Tatsachen. Harmsworth schilderte die Vorgänge im einzelnen und sagte, es sei klar, daß die britische Regierung zu jener Zeit **keine Angebote** gemacht habe.

Diese Nachricht aus London wird vermutlich in der alldeutschen Presse großes Triumphgeschrei erregen, und wir können uns schon heute die mit einer Flut von Angriffen gegen die Regierung gespickten Kommentare dieser Blätter vorstellen. Um jeder Irreführung von vornherein die Spitze zu bieten, sei folgendes bemerkt: Es ist seitens der deutschen Regierung bezw. seitens Erzbergers nicht die Behauptung aufgestellt worden, daß die englische Regierung im August 1917 ein **Friedensangebot** an Deutschland gerichtet habe, sondern es ist von der Regierung lediglich auf die Tatsache hingewiesen worden, daß die englische Regierung damals eine **Vorfrage** an die kaiserlich deutsche Regierung richtete, die das **Schicksal Belgiens** zum Inhalt hatte.

Diese Vorfrage ist seinerzeit unter bewußter **Irreführung des Parlaments** sowie der öffentlichen Meinung von der deutschen Regierung nicht in befriedigender Weise bzw. **überhaupt nicht** beantwortet worden, und damit entfiel für die englische Regierung die Möglichkeit, durch Vermittlung des Papstes oder einer neutralen Macht weitere Friedensschritte einzuleiten. Dies von vornherein mit dem erforderlichen Nachdruck festzustellen, erscheint dringend geboten, um der **alldeutschen Geschichtsklitterung** vorzubeugen.

Der Kampf um die Betriebsräte.

Eine Zentralstelle kommunistischer Propaganda.

Unabhängige Blätter veröffentlichen jetzt den Aufruf einer provisorischen Zentralstelle der „revolutionären", d. h. kommunistischen und unabhängigen Arbeiterräte in Halle, die aus einer dort am 27. Juli abgehaltenen Konferenz hervorgegangen ist. In der nächsten Zeit soll eine neue Konferenz einberufen und eine Zentralstelle regelrecht gewählt werden, als deren Aufgabe es bezeichnet wird, den Gedanken des Rätesystems in die revolutionären Massen zu tragen. Der Aufruf der von Franz Peters-Halle gezeichnet ist, schließt mit den Worten:

Revolutionäre Arbeiter und Betriebsräte aller Industriegruppen! Schließt euch zusammen in der revolutionären Betriebsräteorganisation! Schafft überall Betriebsräte, schließt die Betriebsräte zusammen zu zentralen Organisationen, schließt euch der neuen Zentralstelle der Betriebsräte an! Das Rätesystem ist der Hebel, mit dem das Proletariat die bürgerliche Welt aus den Angeln heben und den Sozialismus an ihre Stelle setzen wird.

Es handelt sich, wie aus dem Aufruf ersichtlich, um eine kommunistisch-unabhängige Parteigründung, die in keiner Weise als eine öffentlich-rechtliche Einrichtung oder als berufene Vertreterin der gesamten Arbeiterklasse in Frage kommt. Die beiden regelrecht einberufenen Rätekongresse haben eine erdrückende **sozialdemokratische** Mehrheit ergeben, und von dieser wurde dann ein Zentralrat gewählt, der aus lauter Sozialdemokraten besteht. Solange nicht ordnungsgemäß vorgenommene Wahlen andere Mehrheitsverhältnisse ergeben, wird eine private Zentralstelle nicht das Recht haben, sich als Vertreterin allgemeiner Interessen aufzuspielen.

Selbstverständlich bleibt es den Kommunisten und ihrem unabhängigen Nachtrab unbenommen, bei den Betriebsratswahlen für ihre Kandidaten zu agitieren. Daß das in ausgiebigem Maße geschieht, dafür ist die Gründung der Zentralstelle ein neuer Beweis: er muß alle Arbeiter, die ihr Heil nicht von kommunistischen Methoden erwarten, zu engerem Zusammenschluß anspornen. Die Betriebsräte können allerdings zum organischen Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft Entscheidendes beitragen, aber sie können es nur dann, wenn sie die Interessen des Betriebes, der Arbeiter im Betrieb und darüber hinaus die Interessen der Gesamtproduktion in sachgemäßer Weise wahrzunehmen verstehen. **Versagen** sie bei der Leistung dieser ihrer Aufgabe, so kompromittieren sie das System der Betriebsräte und den Sozialismus und können der Arbeiterklasse nur noch als Instrument des Selbstmords dienen. Darum müssen alle wirklich sozialistischen Arbeiter dafür sorgen, daß das Betriebsrätesystem die kommunistische Kinderkrankheit so rasch wie möglich überwindet, und daß nicht kommunistische Konfusionsräte, sondern ernste sachverständige Vertreter ihrer Interessen zu Betriebsräten gewählt werden.

Reaktionär oder Gesinnungslump?

Mit der ganzen Plumpheit und politischen Einsichtslosigkeit, wie sie nur Offiziere zur Schau tragen, die von Politik nichts verstehen und sich doch so gern mit ihr beschäftigen möchten, behandelt ein Hauptmann v. **Flotow** in der „Deutschen Zeitung" — zum wievielten Male? — die Stellung des Offizierskorps in der Republik. Seine Behauptungen laufen letzten Endes darauf hinaus, daß es überhaupt keine reaktionären Offiziere gibt, da der Wunsch, Gewesenes wieder einzuführen, bisher noch keinem der Herren nachgewiesen sei! Wenn er behauptet, jeder Offizier gelte als reaktionär, der nicht am 9. November in das sozialistische Lager übergegangen sei, so ist das eine bewußte Unwahrheit oder eine völlige Kenntnislosigkeit der tatsächlichen Verhältnisse. Wir Sozialdemokraten denken gar nicht daran, von einem einzigen Offizier die Aenderung seiner Gesinnung zu verlangen, würden im Gegenteil eine solche Gesinnungslumperei schwer verurteilen. Wenn dagegen in den Offizierkorps systematisch republikanisch denkende Offiziere hinausgeekelt werden, so hat dies wohl kaum noch etwas mit monarchistischer Denkweise zu tun, sondern sieht bedenklich nach **Gegenrevolution** aus, und sich gegen diese zu wenden, ist nicht nur das Recht, sondern die vornehmste Pflicht einer republikanischen Regierung. Wenn endlich der Herr Hauptmann der heutigen Richtung seine Quittung für die bisher geleisteten Dienste, die doch für einen Vaterlandsliebenden, als den er sich natürlich aufspielt, eine Selbstverständlichkeit sein sollte, vorlegt, so ist hierin nur eine der zahllosen Taktlosigkeiten zu erblicken, die bei politisierenden Offizieren nichts Neues ist; auf dem gleichen Niveau steht die Anpöbelung gegen den Genossen Davidsohn. Hätte der Herr Hauptmann sich als Kriegsteilnehmer eine so schwere Mundverletzung zugezogen wie dieser, so würde er vermutlich seine Zunge nicht so leichtfertig gebrauchen, wie er es jetzt tut.

Düwell zum Engel geworden.

In diesen Tagen zieht ein neuer kommunistischer Stern durch die niederrheinischen Lande. Auf dem Versammlungszettel steht Genosse **Ermin Engel**. Wir haben uns diesen Mann angesehen und trafen einen alten Bekannten, nämlich **Wilhelm Düwell**, der eine recht lebhafte Vergangenheit hat. Nun wollen wir alte Geschichten nicht wieder in Erinnerung bringen, aber eine Tatsache muß doch der Vergessenheit entrissen werden. Zu Beginn des Weltkrieges meldete sich Düwell als Kriegsberichterstatter beim Hauptquartier Oberost. Er schrieb Kriegsberichte für den „Vorwärts", die an freudiger Begeisterung nichts zu wünschen übrig ließen.

Und nun wagt dieser Mann als **kommunistischer Agitator** aufzutreten und in seinem Vortrage die heftigsten Vorwürfe gegen die **Gewerkschaften** zu richten. Wahrscheinlich fühlt sich Wilhelm Düwell mit seinem richtigen Namen zu sehr **belastet** und tritt nun als Genosse

Not und Hoffnung!

Wir leben in einer brodelnden, gärenden Zeit.

Es ist, als kämen alle Ideen, Weltverbesserungspläne, die auf dieser Erde in Menschenseelen je sich gebildet, zu gleicher Zeit an die Oberfläche, stürmten von allen Seiten auf die große Masse ein, sie zu erobern. Tausende von Broschüren, Artikeln, flattern in das Volk, wir spüren den frischen Geisteshauch, der weht; unsere Hoffnung nach Glück, unser Drang nach besserem, friedvollerem Leben, der draußen in dem mordgeschwängerten Trichterfeld verzweifelnd sich gequält hat, unser Sehnen nach gutem, genügendem Brot, das in der Heimat nur gewaltiger wurde — alles das, befruchtet von den Ideen, die farbenprächtig die Ziele malen, berückend einfache Wege zeigen, glaubt den Tag der Erfüllung nahe.

Und er kommt und kommt nicht — — —

Weiter hockt das Elend, der Hunger in der Heimat, jedes Stückchen Brot, das uns unsere Feinde, die es doch eigentlich nicht mehr sind, mit denen wir Frieden geschlossen haben, reichen, ist eingewickelt in hämisch-brutale Paragraphen und Gesetze.

Unsere Regierung ist es, die diese Gesetze ausführen muß.

Denken wir daran!

Hinter ihr steht der Ausbeutungswille der Sieger, vor ihr ein hungerndes, hoffendes Volk, und sie muß ihm statt Brot und Glück Pflichten auferlegen, die der Sieger von ihr erzwungen.

Gewiß die Welt liegt voll Korn und Brot, aber zwischen ihm und uns liegt der breite Streifen verwüsteten Landes, bauen sich auf die Verlustrechnungen der Mächte, mit denen wir Krieg geführt. —

Aber wir haben doch den Krieg nicht gewollt?

Der Sieger pocht auf sein bluttriefendes Schwert: Ich habe die Macht!

Wir sind für ihn nicht ein friedenssehnsüchtiges, bemitleidenswertes Volk, wir sind ihm die, die ihm auf Heller und Pfennig seine Schäden ersetzen sollen.

Sagen wir nicht leichtfertig, unsere Regierung sei unfähig. Sie ist nicht unfähig, aber desto mehr gebunden.

Vergessen wir das nicht!

Wer mit gebundenen Händen bauen muß, dem wachsen die Mauern nur allmählich.

Aber sie wachsen doch! — Sie wachsen! **Saulus.**

Ein Königsporträt.

. . . „Hier zeigt sich der ganze Mann, wie er ist, nicht ohne gute Regungen, nicht ohne einen im ersten Anlauf beweglichen Verstand, aber alles ohne tiefe und nachhaltige Kraft, überwuchert von Selbstgefälligkeit und Selbsttäuschung. In seinen Reden spiegelt er sich im Gefühl des Mutes, während er tatsächlich feige ist. Er klagt gelegentlich selbst, daß schlechte Ratgeber seine unerfahrene Jugend mißleiten, aber er läßt es dabei. Er redet sich selbst vor, fremdem Rate überaus zugänglich zu sein. Die pompöse Rede, mit der er die . . . Unternehmung eröffnet, kontrastiert mit dieser Tugend und wirklich zieht er bei jeder Gelegenheit bewährte Ratgeber heran; in allen diesen Fällen folgt er dem Rate nur da, wo man ihm nach dem Munde redet, und benutzt die abweichenden Meinungen nur, um in ihrer Widerlegung seine Beredsamkeit glänzen zu lassen.

Daneben gibt er nun häufig Beweise großer Urteilslosigkeit . . . . Sehr urteilslos benimmt er sich auch in allen Fragen über religiöse Angelegenheiten. Er hat aber durchaus Angst vor dem Uebersinnlichen. Wo er in seiner Hoffahrt dagegen gefrevelt hat, empfindet er hinterher Reue und sucht es wieder gut zu machen. Andererseits läßt er sich über schlechte Vorzeichen sehr schnell beruhigen oder bemerkt sie garnicht.

Was ihn vor allem beherrscht, ist das Gefühl seiner Erhabenheit über alles Irdische. Er ist unersättlich darin, sich bei Truppen- und Flotten-Vereinen im Bewußtsein seiner Macht zu freuen."

Wo steht das? Es steht auf den Seiten 99 und 100 eines 1896 veröffentlichten gelehrten Buches des längst verstorbenen Professors der Altertumswissenschaft Iwo Bruns über das literarische Porträt der Griechen. Wo vorstehend Punkte gesetzt werden, sind Stellen weggelassen, die sich auf abgelegene griechisch-persische Zustände beziehen. Denn der Mann, von dem gehandelt wird, ist König Xerxes von Persien, der im Jahre 480 vor dem Beginn unserer Zeitrechnung einen unglücklichen Feldzug gegen die Griechen unternahm und der über ihn redet, ist der alte Herodot, den man den Vater der Geschichtsschreibung genannt hat. Das alles sind also ganz „olle Kamellen" und doch könnten sie heute geschrieben sein.

Das neugeborene Kriegskind.

Je mehr Erfahrungen über die Wirkung der Hungerblockade auf das ganze Volk gesammelt werden, desto klarer enthüllt sich diese Maßnahme als das größte Verbrechen der Weltgeschichte, das in seiner ganzen Größe vielleicht erst kommende Geschlechter zu beurteilen wissen werden. Ist es doch damit nicht genug, daß Tausende und aber Tausende von Menschen aller Altersstufen durch unmittelbare oder mittelbare Einwirkung der unzureichenden Ernährung, also des Hungerns, zugrunde gerichtet oder einem vorzeitigen Tode überantwortet worden sind, vielleicht ist dadurch sogar schon das Kind im Mutterleibe betroffen worden. Die Wissenschaft ist viel zu gewissenhaft, um diese Folge des jahrelangen Hungers als selbstverständlich oder auch nur wahrscheinlich zu betrachten, sondern hat an einer möglichst großen Sorgfalt und Unvoreingenommenheit geprüft. Auf Grund solcher Untersuchungen kommt Dr. Peller in der „Wiener Klinischen Wochenschrift" jetzt zu dem Schluß, daß schon im Jahre 1916 und wahrscheinlich steigend bis zum Kriegsende, die neugeborenen Kinder nach ihrem Gewicht und den Ausmaßen des Körpers einen bedeutenden und erheblichen Rückgang gegen die Friedenswerte zeigen.

Diese Erscheinung kann nur durch den Einfluß der Kriegsernährung auf die Mütter zurückgeführt werden. Die Herabsetzung des Gewichts der neugeborenen Kinder durch eine während der ganzen Schwangerschaft erfolgten Entziehung von Fett und Eiweiß kann bis fast 400 Gramm im Durchschnitt oder 11 Proz. des Normalgewichts steigen. Diese Ziffer ist überraschend und erschreckend hoch. Bei erstgeborenen unehelichen Kindern männlichen Geschlechts wurde festgestellt, daß im Frieden nur 35, im Januar 1916 43 und in der späteren Kriegszeit 51 Proz. mit einem Gewicht als weniger 3 Kilogramm zur Welt kamen. Bei den Mädchen war die entsprechende Steigerung 41, 49 und 52 Proz. Außerdem ist auch noch das Gewicht mit Bezug auf die Körperlänge des neugeborenen Kindes ermittelt worden. Die Messungen haben ergeben, daß bei einer Länge von 47 Zentimeter 60/72 Gramm am Gewicht fehlten, bei 48 Zentimeter 76 Gramm, bei 49 Zentimeter 88 Gramm und bei 52 Zentimeter sogar 139 Gramm im Durchschnitt. So hat also die Verelendung der Kinder durch die Hungerblockade schon im Mutterleibe begonnen. Man sollte sich wirklich fragen, ob selbst ein Mensch englischer Nationalität solche Tatsachen als selbstverständliche Folgen einer erlaubten Kriegshandlung ungerührt zu betrachten vermag.

Notizen.

— **Ein neuartiges Verkehrsflugzeug** wurde heute vormittag auf dem Flugplatz Johannisthal dem Unterstaatssekretär **Euler** vorgeführt. Es handelte sich um ein sogenanntes **Ganzmetallflugzeug** des Industriellen Professor Junker. Die Schwingen des Apparats sind als freitragende Duraluminkonstruktionen durchgeführt, so daß die Spanndrähte, welche bei den bisherigen Flugzeugen zur Versteifung der Tragflächen notwendig waren, völlig fortfallen. Diese Spanndrähte verursachten aber einen erstaunlich großen Luftwiderstand und Kraftverlust. So wird es erklärlich, daß das neue Verkehrsflugzeug wesentlich günstiger als die alten Konstruktionen abschneidet. Befördert es doch 6 Personen bei Benutzung eines 160pferdigen Motors mit einer Geschwindigkeit von etwa 175 Kilometer pro Stunde. Der weitere Vorteil der Metallkonstruktion besteht in der Unverbrennbarkeit, der größeren Haltbarkeit sowie in dem Fortfallen der Notwendigkeit, die Spanndrähte vor jeder größeren Fahrt nachspannen zu müssen. Die allgemeine Entwicklung der Flugzeuge geht zweifellos zum Metallflugzeug hin und das heute vorgeführte Verkehrsflugzeug darf daher als der Vertreter des kommenden Typs gelten.

— **Musik.** Wir berichteten kürzlich, daß **Hermann Kretzschmar**, der Direktor der Hochschule für Musik, Leiter des Kirchenmusik-Instituts und Professor an der Berliner Universität, von seinen Aemtern zurücktreten werde. Wie uns nun mitgeteilt wird, trifft diese Nachricht nicht zu; er wird auf seinem Posten bleiben.

— **Josef Kohler als Shakespeare-Forscher.** Die Verlagsbuchhandlung Walther Rothschild, Berlin, teilt mit, daß sie Kohlers längst vergriffenes, hervorragendes Werk „Shakespeare vor dem Forum der Jurisprudenz" noch im Laufe dieses Monats als Vermächtnis des Meisters in neuer Auflage herausbringen wird.

— **Der Schwanenwirt.** Geschichten aus Westfalen erzählt der „Simplizissimus". Zum Beispiel: Der Schwanenwirt hat sich eine Frau aus der Stadt genommen. „Sie liest Romane," sagt der Schwanenwirt, „all so 'n dumm Tüg." Eines Abends geht er mit ihr über die Felder, und die junge Frau schwärmt heftig die Natur an: „Sieh doch, Georg, — wie wunderbar die Abendwolken — — —" „Fru!" — unterbricht sie der Sonnenwirt, „kiek vor di, dau tritts in 'nen Kaudreck!"

Engel auf. In Remscheid ist er deshalb von einem unabhängigen Redner sehr unsanft an seine früheren Sünden erinnert worden und man hat ihm die Maske vom Gesicht gerissen. Derartige Engel gibt es auch anderwärts. Sie waren erst Kriegsfreiwilliger, dann zogen sie wegen guter Führung in Kriegswerkstätten, dann wurden sie Unabhängiger, im Geheimen natürlich, und nachdem es nicht mehr gefährlich ist, riskieren sie die große Klappe und mimen den Kommunisten. Auch in Westfalen treibt Düwell alias Engel sein Unwesen. In Herford, wo er in einer kommunistischen Versammlung sprach, wurde er von einem Bielefelder Parteigenossen scharf angegriffen. Sein Künstlername wurde offenbar und seine heutige Vertretung der „Diktatur des Proletariats" genügend beleuchtet. Die Versammlung gestaltete sich zu einer Agitation für die alte Sozialdemokratie.

Besteuerung des ländlichen Luxus.

Genosse Dr. S. Rosenfeld schreibt uns:

Die städtische und kommunale Steuergesetzgebung kennt die Besteuerung von Vergnügungen und Luxus in jeder Form, Theater- und Kinosteuer, Hunde- und Spielsteuer usw. Alle diese Lustbarkeiten haben städtischen Charakter und belasten die Bevölkerung der Städte, nicht nur die wohlhabenden, auch die unbemittelten Kreise. Gibt es nicht aber auch einen ländlichen Luxus? Die Landbevölkerung im allgemeinen freilich entbehrt der genannten Vergnügungen; aber die wohlhabenden ländlichen Kreise haben sich dafür ihren besonderen Luxus und nicht selten in einer ausschweifenden Form geschaffen, um sich dadurch umsomehr für die zeitweise Entbehrung der städtischen Vergnügungen schadlos zu halten. Wohlhabende Großgrundbesitzer haben riesige Waldungen eingehegt, wo Hirsch und Wildschwein gejagt, Hoch- und Niederjagd betrieben wird, und große fisch- und krebsreiche Seen und Teiche sind ihr ausschließliches Eigentum, deren Erträge die Privatküche der Besitzer und einiger wenigen Familien in einer dem Städter unerreichbaren Hülle und Fülle versorgen. Dem Lebensmittelmarkt bleiben diese Erträge meist fern. Ausgedehnte Privatparks und Luxusgärten, von denen die Oeffentlichkeit schon ihrer Lage nach völlig ausgeschlossen ist, stellen vielfach einen besonderen ländlichen Luxus dar. Auch der Wohnungsluxus ist auf dem Lande nicht selten ein ausschweifender und wirkt sozial oft um so unangenehmer und auffälliger, wenn er unvermittelt neben den elendesten Katen der Gutsarbeiter in Schlössern und Palästen sich auftut. Deshalb allein sollte schon aus sozialen Gründen die Steuergesetzgebung an diesen Objekten nicht vorübergehen, auch wenn der Finanzpolitiker vielleicht mit dem statistischen Nachweis kommt, daß die Besteuerung dieser ländlichen Vergnügungen nur so und soviel Millionen einbringen kann. Die Nichtbesteuerung des oben gekennzeichneten Großgrundbesitzerluxus, dessen Aufzählung noch in manchen Beziehungen erweitert werden kann, hat neben der scharfen Besteuerung aller städtischen Vergnügungen einen schon unsozialen, geradezu aufreizenden Charakter und kommt einer Bevorzugung der wohlhabenden ländlichen Kreise gleich. Aus diesem Gesichtspunkt darf eine gerechte Steuergesetzgebung den ländlichen Luxus nicht unerfaßt lassen.

Hierzu ist zu bemerken, daß Kriegsgewinnler vielfach ihre Erträge in Landhäusern, Parks usw. angelegt haben, um sie dadurch der steuerlichen Erfassung zu entziehen. Eine zweckmäßige Besteuerung des landwirtschaftlichen Luxus würde manchem dieser Spekulanten die Möglichkeit nehmen, auf Kosten der Allgemeinheit dem Steuerfiskus ein Schnippchen zu schlagen.

Kriegsanleihekurs und Steuerzahlung.

In unserem Morgenblatt vom 5. August erörterten wir die etwaige Wirkung der Zahlung des Kriegsopfers und der Kriegsvermögensabgabe in Reichsanleihe zum Zeichnungskurie als ein Mittel, damit den Kurs der Kriegsanleihe in die Höhe zu treiben und die Kreditfähigkeit Deutschlands zu erweisen. Das „B. T." hält von diesem Mittel nichts, weil bei dem Verkauf von Heeresbeständen die Bezahlung durch Kriegsanleihe eine rückläufige Bewegung des Kurses nicht verhindert hatte.

Dagegen ist einzuwenden, daß die Zahl der Käufer von Heeresbeständen nicht umschrieben war, während der Kreis der Zahler des Kriegsnotopfers ein sehr großer sein wird. Im Vergleiche zu den Kriegsanleihen, die bei der Bezahlung der Heeresbestände erforderlich waren, ist der Betrag der Kriegsanleihe, die für das Reichsnotopfer und für die Kriegsvermögensabgabe gebraucht werden könnten, ungeheuer groß, ja er bleibt hinter den überhaupt ausgegebenen Kriegsanleiheanteilen nicht erheblich, wenigstens allgemeiner Schätzung nach, zurück.

Man darf somit die Richtigkeit der Beweisführung in unserem Artikel vom 5. d. M. im Gegensatz zu den Ausführungen des „Berliner Tageblatt" wohl annehmen.

Zur Entschädigung der Offiziere und Kapitulanten.

Ein Abonnent schreibt uns folgende Zeilen, die wir veröffentlichen, da sie auf eine tatsächliche Lücke in dem Gesetz hinweisen. Er schreibt:

Ich bin im Jahre 1911 als Ersatz bei der Marine eingetreten, wäre also im September 1914 zur Entlassung gekommen, wenn im August der Krieg nicht ausgebrochen wäre, der mich und noch Tausende andere dazu verurteilt hätte eine ununterbrochene 7jährige Dienstzeit als Soldat vollzumachen. Dieser Jahrgang stand volle sieben Jahre unter der Fahne, ununterbrochen, und das ist es, was man bedenken muß.

Ich bin von Beruf, wie 60 Proz. aller zur Marine Eingezogenen, Handwerker. Auch die Kavallerie barg einen großen Teil technisches Personal in sich.

Weiß man was es heißt, volle sieben Jahre als Handwerker aus seinem Beruf herausgewesen zu sein? Gewiß kann ich heute wieder in meinen Beruf zurückkehren; aber wie weit mich die siebenjährige Aussetzen in meinem Handwerk, vor allem in der Praxis desselben, zurückgeworfen hat, weiß nur ein Handwerker der Metallbranche zu beurteilen, weil es die meisten von ihnen am eigenen Körper zu fühlen bekommen haben. Wir sind in einen Rückstand gekommen, für den wir nichts können und der uns schmerzt.

Ich behaupte, daß es mehr Kapitulanten mit als ohne Zivilberuf gibt. Es dürfte doch bekannt sein, daß z. B. die Werftdivisionen der Marine nur Handwerker als Kapitulanten angenommen haben. Und kurz will ich noch erläutern wie gerade ein Kapitulant mit 7 Jahren von der Werftdivision bei seiner heutigen Entlassung einem Nichtkapitulanten des Jahrganges 1911 gegenüber, der auch 7 Jahre Soldat war und Handwerker ist, selbst dann noch besser gestellt ist, wenn beide ohne Entschädigung entlassen werden würden. Der Kapitulant der Werftdivision der als solcher durchweg in seinem Handwerk weitergearbeitet hat, kann bei seiner heutigen Entlassung freiweg allerwärts und überall Handwerk ausüben, während dem Kriegsteilnehmer des Jahrgangs 1911, der während der letzten 7 Jahre meistens in keine Werkstatt hineingesehen hat, auf der Suche nach Arbeit erfahrungsgemäß große Schwierigkeiten gemacht werden, eben weil er lange Jahre praktisch nicht tätig gewesen ist. Dazu kommt noch, und das mögen man ja bedenken, daß der Kapitulant als solcher 3—4 Jahre lang an Kapitulantenlöhnung schon zwei- bis dreimal soviel Gelder bezogen hat als sein „Ersatzkollege", der im Oktober 1911 am gleichen Tage mit ihm eingetreten ist. War es dem Kapitulanten möglich gemacht, kleine Ersparnisse auf die Seite zu legen, so ist der Nichtkapitulant mit seiner kargen Löhnung nicht ausgekommen.

In Anbetracht dessen, daß genannter Gesetzentwurf zur Auszahlung der ersten im Entwurf vorgesehenen Entschädigungssumme (Satz 1000 Mark für Kapitulanten mit 7 Jahren) die Dienstzeit von 7 Jahren gewählt hat, wird man sagen dürfen, daß man demgegenüber die Kriegsteilnehmer des Jahrgangs 1911, die auch volle sieben Jahre ununterbrochen unter der Fahne standen, viel zu schlecht entschädigt hat. Was dem Kapitulanten Entschädigung ist, wäre dem so lange Jahre aus dem Handwerk gerissenen Nichtkapitulanten, der sich erst wieder einarbeiten muß, willkommene Forthilfe.

Soziales.

Wilde Baugenossenschaftsgründungen.

Es vergeht jetzt kein Tag, an dem nicht ein Dutzend neue Baugenossenschaften gegründet werden. Die weitverbreitete, an manchen Orten geradezu beängstigende Wohnungsnot läßt es erklärlich erscheinen, daß ihnen Mitglieder in großer Zahl zuströmen. Leider beginnen aber auch bereits Elemente sich diesen Umstand nutzbar zu machen, die in nichts weniger als gemeinnütziger Absicht den allgemeinen Notstand auszubeuten suchen. Manche dieser Gründungen verdanken Geschäftsleuten ihre Entstehung, deren einziger Zweck es ist, ein sonst unverkäufliches Grundstück an den Mann zu bringen oder sonstwie als Gewerbetreibende aus dem Unternehmen Nutzen zu ziehen. Aber auch wo die Absicht eine lautere ist, zeigt sich vielfach bei den Begründern solcher Unternehmungen eine Unkenntnis der Sachlage und eine Unvorsichtigkeit bei dem Abschluß von Verträgen usw., die bereits in zahlreichen Fällen zu einem Zusammenbruche geführt hat, ehe noch der erste Handschlag zur Verwirklichung des vorgesteckten Zieles getan werden konnte. Es kann daher nicht dringend genug davor gewarnt werden, Neugründungen dieser Art ohne weiteres Vertrauen zu schenken. Viele allzu Vertrauensselige haben solche Unvorsichtigkeit bereits mit dem Verlust ihrer kleinen Ersparnisse bezahlt. Aber auch diejenigen, die mit der Absicht umgehen, eine Baugenossenschaft zu begründen, ohne dazu über die erforderliche Sachkenntnis zu verfügen, seien dringend gewahnt, bevor sie an die Ausführung herantreten, von sachkundiger Seite Rat einzuholen. Der Reichsverband deutscher Baugenossenschaften, Berlin W 30, Augsburger Str. 61, ist in der Lage und bereit, solchen sachkundigen Rat zu erteilen.

Industrie und Handel.

Börse.

An der Börse machte die feste Tendenz weitere Fortschritte, doch bewegte sich das Geschäft in engen Grenzen. Montanwerte waren im Anschluß an den ungünstigen Abschluß der Kattowitzer Gesellschaft eher schwächer, dagegen bestand gute Meinung für Schiffahrtsaktien. Auch Farbwerte stellten sich merklich höher. In Anlehnung an die neuerliche Verschlechterung des Markkurses konnten Auslandspapiere auch weiter anziehen, so vor allem türkische Tabakaktien und Kanada. Petroleumwerte blieben gefragt. Kolonialpapiere waren wenig verändert, heimische Anleihen behauptet. Kriegsanleihe stellte sich etwa auf 80%. Rege Nachfrage bestand für eine Reihe von Anleihen von Städten jener Gebiete, die abgetreten werden sollen.

Groß-Berlin

Gebt den Kopfarbeitern die Wochenkarten.

Uns wird geschrieben: An meiner Vorortstation wollte ich, wie ich es seit meiner Militärentlassung, also fast 1½ Jahre, gehandhabt hatte, eine Arbeiter-Wochenkarte lösen. Der Schalterbeamte forderte eine Bescheinigung, die ich nicht habe. Ob ich sie beibringen kann? Wenn ja, ob sie auch behördlich anerkannt und abgestempelt wird? Ich bin nicht Fabrik-, sondern richtig gesagt „Bureauarbeiter". Es gibt auch dafür die Bezeichnungen: Kontorist, Angestellter, Beamter, Kaufmann usw. Neuerdings heißt es „Kopfarbeiter". Also doch auch „Arbeiter". Da ich nun zur Arbeit mußte, löste ich in meiner Notlage eine Tageskarte; zu einer Monatskarte langte meine Barschaft nicht. Mein Vorgänger am Schalter, eine mir persönlich gut bekannte Person, von Beruf Mechaniker, bekam auf Grund seiner Bescheinigung, daß er mit mechanischen Arbeiten beschäftigt wird, anstandslos seine Wochenkarte. Ich bringe ein Monatseinkommen von 401 M. nach Haus, bin verheiratet und habe zwei Kinder in dem Alter, wo sie viel kosten und nichts einbringen. Der andere ist kinderlos und bekommt pro Woche 160 bis 175 M. in die Lohntüte. Daß ich über solche schreiende Ungerechtigkeiten mißgestimmt werde, ist wohl begreiflich. Tagelang grübele ich nun darüber nach, wie ich bei dem kärglichen Einkommen die Mehrausgabe für eine Monatskarte, was etwa 10 M. monatlich ausmacht, bestreiten soll. Könnte die Bahnbehörde nicht so lange mit dem Fordern der Nachweise warten, bis die Entscheidung darüber gefallen ist, daß den Kopfarbeitern auch eine „Arbeiter-Wochenkarte" zukommt?

Hauptversammlung des Republikanischen Führerbundes.

Die Mitgliederversammlung des Republikanischen Führerbundes war aus allen Teilen Deutschlands gut besucht. Auf Antrag aus der Versammlung wurde die Tagung als Hauptversammlung festgelegt. Nach einem Referat des Leutnants Müller-Brandenburg und Beschlußfassung der Satzungen wurde zur Wahl der Bundesleitung geschritten. Diese setzt sich aus folgenden Herren zusammen: Major Lange, Reichswehr-Schützen-Reg. 42, Riefenstahl, Deckoffizier, Leutnant Müller-Brandenburg, Vizefeldwebel Eberwein, Artillerist Eischeid, Offiziersstellvertreter Stempel, Erich Kuttner, Hauptmann a. D. Witte, Unteroffizier Döring, Leutnant Fischer und Vizefeldwebel Prinz.

In der Aussprache kam zum Ausdruck, daß der Bund sich als Altewehrorganisation aus der Not der Zeit geboren betrachte, daß er eine Folge der monarchistischen Treibereien zahlreicher, wichtige Kommandostellen innehabender Offiziere sei, die sich nicht scheuten, jeden Führer zu verfolgen, der sich zur Republikanischen Staatsverfassung bekenne. Nicht der Bund habe die Politik ins Heer gebracht, sondern eben die monarchistischen Offiziere. Der Bund lehne unbedingt Parteipolitik ab und habe nur die Absicht, Männer zu sammeln, die gewillt sind, sich bedingungslos auf den Boden der von der Nationalversammlung angenommenen Verfassung zu stellen. Die Richtlinien des Bundes wurden einstimmig gutgeheißen, wobei besonders betont wurde, daß es unter allen Umständen darauf ankomme, daß die Disziplin der Truppe nicht erschüttert würde. Nichts aber sei disziplinerschütternder als die Tatsache, daß in den Truppen der Republik von Offizieren Propaganda gegen die Republik selbst getrieben wurde.

Eine verhinderte Textilwarenschiebung.

Durch die Aufmerksamkeit eines Portiers ist eine größere Schiebung bei der Reichstextil-Aktien-Gesellschaft verhindert worden. Vor einiger Zeit erschien bei dem Pförtner eines Hauses auf dem Spittelmarkt ein junger Mann, der sich als Kaufmann Otto vorstellte und anfragte, ob der Portier ihm das Unterstellen einiger Kisten, die mit der Bahn ankommen würden, gestatten wolle. Der Pförtner sagte zu, erkundigte sich aber, da ihm das Auftreten des Fremden verdächtig vorkam, nach der angegebenen Adresse in der Königstraße. Dort erfuhr er, daß ein solcher Kaufmann nicht bekannt sei. Gestern wurden nun durch einen Spediteur bei dem Pförtner am Spittelmarkt zwei Kisten abgeliefert, die ein Gewicht von 600 Kilogramm hatten und deren Absender die Reichstextil-Aktien-Gesellschaft, Zweigstelle Zwickau, war. Der Portier schöpfte Verdacht und benachrichtigte eine Wachtabteilung der Kommandatur von dem Vorfall. Die angekommene Sendung wurde geöffnet und man fand etwa 5000 Meter Serge und Futterstoffe im Gesamtwerte von rund 120 000 M. Während die Kisten beschlagnahmt wurden, erschien der angebliche Kaufmann, um die für ihn eingelaufene Sendung abzuholen. Er wurde festgenommen und als der Schreiber Otto Dötze, Steglitz, Bergstr. 6 wohnhaft, festgestellt. D. war Angestellter der Reichstextil-Aktien-Gesellschaft in Zwickau und mußte am 1. August seine Stellung verlassen. Es gelang ihm vorher noch einen falschen Auftrag, den er an den „Kaufmann Otto", Berlin, Spittelmarkt, ausstellte, zur Unterschrift vorzulegen und die Bestellung dann durch die Versandabteilung ausführen zu lassen. Die beschlagnahmten Stoffe wurden der geschädigten Gesellschaft wieder zugestellt.

Eine größere Zigarrenverschiebung ist vom Reichsverwertungsamt verhindert worden. Ein früherer Zahlmeister, der mit den bei Proviantämtern vorliegenden Verhältnissen vertraut war, setzte sich mit einem jungen Kaufmann in Verbindung, der über die erforderlichen Geldmittel verfügte, und machte nun den Versuch, bei einem hiesigen Proviantamt mittels gefälschter Urkunden einen großen Posten Zigarren und Zigaretten zu erschwindeln. Beamte des Reichsverwertungsamtes kamen aber hinter den Trick, faßten die beiden Schieber gerade in dem Augenblick, als sie die bereits empfangene Ware abtransportieren wollten und nahmen ihnen nun nicht nur die Zigarren und Zigaretten ab, sondern auch noch obendrein den Kaufpreis von 80 000 M.

Nächtlicher Raubüberfall im Grunewald. Gestern abend gegen 11 Uhr wurden der Ingenieur Rath und seine Frau aus der Sesenheimer Straße 6 in Charlottenburg auf dem Weg zum Restaurant Rennbahn von zwei Soldaten angefallen und vollständig ausgeraubt. Der Vorgang war jedoch von Patrouillen der Wachabteilung der Kommandantur Grunewald, Brabanter Str. 1, die sich versteckt gehalten hatten, beobachtet worden. Es gelang, die Verbrecher festzunehmen. Die Räuber Walter Schrempf und Wilhelm Schmidt wurden dem Charlottenburger Polizeipräsidium übergeben.

Raubüberfall. Ein Kaufmann Wilhelm G. aus Stettin machte gestern nachmittag auf einer Bierreise die Bekanntschaft von vier Männern im Alter von 18 bis 20 Jahren. Sie zechten mit ihm und animierten ihn so lange, bis der Stettiner stark angetrunken war. Dann verschleppten sie ihn nach dem Tiergarten und fielen hier in der Nähe des Rosengartens über ihn her, raubten ihm die Geldtasche mit 10 000 M. und die goldene Uhr und zogen ihm sogar auch noch den hellgrauen Sportpaletot aus. Dann flüchteten die Räuber und entkamen auch unerkannt in der Dunkelheit des Tiergartens.

Polnische Taschendiebe, die früher schon in großer Zahl sich in Berlin umhertrieben, treten jetzt wieder in größerer Menge auf. Es sind dies meist junge Polen, die sich der polnischen Heerespflicht durch die Flucht entzogen haben, hier in der Grenadierstraße bei ihren Landsleuten niederlassen und von diesen, da sie wenig Lust zur Arbeit haben, in die „Geheimnisse des Taschendiebstahls" eingeweiht werden. Ueberall, wo sich Menschenmassen stauen, sind sie zu finden. Neuerdings ist der Alexanderplatz ein reiches Arbeitsfeld für sie geworden. Sie mischen sich unter die Gruppen, die die zahlreichen fliegenden Händler umstehen, und während die Leute den Anpreisungen der Händler zuhören, stehlen die Langfinger ihnen die Brieftaschen oder die Uhren. Einer besonders entsandten Patrouille gelang es gestern, nicht weniger als neun Taschendiebe auf frischer Tat abzufassen. Alle stammen ausnahmslos aus Lodz, Warschau und Nakel. — Auch die Zentralmarkthalle am Alexanderplatz wird stark von den Taschendieben heimgesucht. Hier wurden gestern vier junge Burschen abgefaßt, die einer Händlerin die Tasche mit 3700 M. gestohlen hatten. Das Geld konnte noch rechtzeitig beschlagnahmt werden und der Händlerin die gestohlene Summe bis auf einen kleinen Betrag wieder zurückgegeben werden.

Der Einführungskursus in den wissenschaftlichen Sozialismus beginnt Donnerstag, den 7., abends 7 Uhr, in der Aula der Gemeindeschule Chrisiburger Str. 7 und nicht Hinter der Garnisonkirche. Einlaßkarten a 2 M. sind noch zu haben.

Streifzüge durch die soziale Dichtung, ein Kursus in 5 Abenden, Vortragender Redakteur Genosse Dr. Diederich, beginnt Freitag, den 8. d. M., abends 7 Uhr, in der Aula des Falk-Realgymnasium Lützowstr. 81c. Einlaßkarten a 2 M. sind in den bekannten Verkaufsstellen noch zu haben.

Im Wintergarten konnte das neue Monatsprogramm vor ausverkauftem Hause in Szene gehen. Im Vordergrund des Interesses stand das Auftreten des Telepaten Erik Jan Hanussen, der die Experimente auf dem Gebiete der Gedankenübertragung und Suggestion mit verblüffender Sicherheit löste. Daneben war es die russische Koloratursängerin von der Petersburger und Moskauer Oper, die mit ihrer prächtigen Stimme überaus starke Beifallskundgebungen hervorrief. Der unverwüstliche Humor Karl Bernhardts und Rose Knauers trugen viel zum Gelingen des Abends bei. Auch der Bauchredner Karl Edler mit seiner Puppe Ricki erfreute sich des vollen Beifalls des Hauses. Daneben wirkten noch der musikalische Clown Torwey, die Rollschuhläuferinnen Mia und Gerti, die Gesangs- und Tanztruppe Geza Varady, sowie Hansi Immens mit ihren allerliebsten Dackeln.

Lichtenberg. Gemeindeverwaltung. Die Ausarbeitung eines Bebauungsplanes soll von neuem, und zwar mit möglichster Beschleunigung vergeben werden. Die Anfragen Ansiedlungslustiger sind sehr zahlreich. Alle Parteien sprachen sich für die Einheitsgemeinde Groß-Berlin aus. Scharf wurde der Regierungsentwurf von unseren Genossen und der U. S. P. kritisiert. Die Zahl der Magistratsmitglieder sei zu hoch, ehrenamtliche soll es nicht geben. Das Zweikammersystem wurde verurteilt. Der Magistrat solle nur Ausführender der Stadtverordnetenbeschlüsse sein. Die Zahl der Stadtverordneten sei viel zu niedrig. Man befürchtete, daß die kleinen Gemeinden nicht genügend zu Worte kommen werden. Die Parteien werden gemeinschaftlich eine Resolution ausarbeiten. Den Beamten und Angestellten wurde die beantragte Entschädigungsbeihilfe bewilligt. Die Hälfte wird sogleich gezahlt, die andere wird zum Gehalt zugeschlagen.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Steglitz. Anmeldung von Puddingpulver vom 6. bis 9. d. Mts. auf Abschnitt 3a der Steglitzer grünen Haushaltkarte zwei Päckchen a 65 Gramm zusammen 60 Pf. Verkauf von Graupen vom 6. bis 9. auf Abschnitt 56 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte, 500 Gramm 44 Pf.

Reinickendorf. Auf Abschnitt 20 A/B der grünen Lebensmittelkarte ein Ei (1,25 M.) in den amtlichen Verkaufsstellen Residenzstr. 45, Residenzstr. 89, Pankower Allee 36, Sommerstr. 10, Scharnweberstr. 113, Graf-Haeseler-Straße 31, Antonienstr. 38 und Kögelstr. 3. Gegen Abstempelung der Felder 4 und 5 der neuen Kartoffelkarte in den amtlichen Verkaufsstellen je eine Flasche guten österreichischen Kalwein (6,10 M.). Der Wein ist ausschließlich für Kranke, Genesende und Kinder bestimmt.

Henningsdorf. Es gelangen zur Ausgabe am Donnerstag Butter für die laufende Woche auf Reichskarte. Am Freitag auf A 8 500 Gramm Haferflocken, A 7 500 Gramm Nudeln, am Sonnabend auf BS 6 150 Gramm Kunsthonig, auf BS 5 eine Dose konservierte Milch.

Verbandstag der Buchbinder.

Siebenter Verhandlungstag.

In der Sonntagssitzung wurde die Debatte über das Beitrags- und Unterstützungswesen noch nicht zu Ende geführt. Die Vorschläge der Elfer-Kommission, die vom vorhergehenden Verbandstag zur Vorberatung des Statuts eingesetzt worden war, wurden in namentlicher Abstimmung verworfen und die Kommission wurde mit der erneuten Beratung der Materie beauftragt.

Achter Verhandlungstag.

Von wesentlichen Aenderungen des Unterstützungswesens wurde vorläufig Abstand genommen. Es wurden die Beiträge erhöht auf 40, 60 und 70 Pf. für weibliche und auf 1 Mk. und 1,50 Mk. für männliche Mitglieder. Lediglich die Streik- und Gemaßregeltenunterstützung wurde etwas ausgebaut und die Invalidenunterstützung erhöht. Die Elfer-Kommission wurde beseitigt. Es wurde ein Beirat geschaffen, dem nur unbesoldete Mitglieder angehören dürfen. Dieser wurde auch damit beauftragt, im Sommer 1920 mit dem Vorstand eine neue Vorlage für das Unterstützungswesen auszuarbeiten, die dann den Mitgliedern zur Urabstimmung zu unterbreiten ist. Lebhaft umstritten wurden dann noch einige Anträge der Opposition in bezug auf die Angestellten des Verbandes. Interessant war, daß die Anhänger des Rätesystems dann gegen einen Antrag stimmten, der den 50 Angestellten des Verbandes das Recht zuspricht, einen Angestelltenrat zu wählen, der bei Anstellungen, Entlassungen und Entlohnung von Angestellten ein Mitbestimmungsrecht haben soll. Der Antrag wurde angenommen, ebenso ein Antrag, daß die Wahl von Funktionären des Verbandes nicht von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten politischen Partei abhängig gemacht werden darf. Es wurde festgelegt, daß Angestellte mindestens fünf Jahre Mitglied der Organisation sein müssen. Für die Wahlen zum Verbandstag und Beirat wurde das Proportionalwahlsystem beschlossen. Das Hauptinteresse konzentrierte sich dann auf die

Wahlen zum Verbandsvorstand.

Der bisherige Vorsitzende Emil Kloth, der 15 Jahre an der [Spitze] des Verbandes gestanden hat, wurde als einer der eifrigsten Vertreter der Kriegspolitik der Mehrheitssozialdemokratie von der Opposition besonders heftig bekämpft und wurde auf dem Verbandstag auch von einigen seiner bisherigen Anhänger fallen gelassen, die den langjährigen Verbandskassierer Haueisen in Vorschlag brachten. Von der Opposition wurde ihr Führer Gaebel zum ersten Vorsitzenden präsentiert.

Daraufhin erklärte Kloth vor der Wahl, daß er von der Kandidatur zurücktrete, damit nicht durch Stimmenzersplitterung der Vertreter der Opposition gewählt werde. Der Verbandstag habe mit erheblicher Mehrheit sein gewerkschaftliches Programm gebilligt, er falle also als Opfer seiner politischen Ueberzeugung.

Die Abstimmung ergab die Wahl Haueisens zum ersten Vorsitzenden, der zweite Vorsitzende Harder wurde wiedergewählt, zum Kassierer wurde Lender-Berlin, zum Redakteur Michaelis-Berlin gewählt.

In seinem Schlußwort hob Brückner-Berlin hervor, daß dieser Verbandstag leider wenig positive Arbeit habe leisten können und erkannte die großen Verdienste des bisherigen Verbandsvorsitzenden Kloth um die Entwicklung des Verbandes an.

Gewerkschaftsbewegung

Neue Tarifbewegung der Landarbeiter in der Provinz Brandenburg.

Während es im Kreise Zauch-Belzig zu einem Tarifabschluß gekommen ist, sind die Landarbeiter im Kreise Westhavelland in eine neue Tarifbewegung eingetreten. Am Sonntag fand in Buchow (Westh.) ein Delegiertentag statt, der von sämtlichen Ortsgruppen des Deutschen Landarbeiterverbandes aus dem Westhavelland beschickt war. Die Vertreter erklärten einstimmig, daß der im Mai abgeschlossene Tarif äußerst lückenhaft sei. Eine Revision sei unbedingt nötig, die die Deputatmengen wie Löhne erhöht und vor allen Dingen die Verhältnisse der Ernte- und Saisonarbeiter regelt. Im weiteren wird eine wöchentliche Arbeitszeit von 48 Stunden verlangt, die im Laufe des Jahres auf eine tägliche Arbeitsdauer von 7, 9 und 10 Stunden verteilt werden soll. Man hofft auf gütlichem Wege zu einer Einigung zu kommen. Die Verhandlungen werden im Laufe dieser Woche in Rathenow stattfinden.

Das Verbot der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung im Gastwirtsgewerbe

stellt sich immer mehr als ein Schlag ins Wasser heraus. Nach Erlaß der Verordnung vom 24. April cr. stockte die Vermittelung auf der ganzen Linie. Als aber die Gastwirtsinnung — angeblich durch Herrn Oberbürgermeister Wermuth — die Auskunft erhielt, sie sei eine öffentliche Korporation und könne ihren Arbeitsnachweis beibehalten, da nahmen die Stellenvermittler und Winkelvereine ihre für sie so nützliche Tätigkeit wieder auf. In einer Versammlung der Gastwirte-Innung wurde sogar bekannt gegeben, daß neuerdings durch das Polizeipräsidium neue Konzessionen an Stellenvermittler erteilt worden sind. Allem Anschein nach weiß die hiesige Polizei von der Verordnung nichts oder will nichts wissen, das geht auch daraus hervor, daß trotz haufenweiser Anzeigen durch die Organisation die Polizei nicht das Geringste unternimmt. Eine Strafe nach erfolgter Verwarnung hätte sicher Wunder gewirkt. — Diese Zersplitterung auf dem Arbeitsmarkte hat natürlich die Durchlöcherung des Tarifvertrages zur Folge. Will sich die Organisation dagegen schützen, so ist wieder „eine leichtsinnige, das ganze Wirtschaftsleben gefährdende" Lohnbewegung die Folge.

Die Verordnung ist kaum geeignet, der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung den Garaus zu machen. Sie stellt nur die Vergehen der Stellenvermittler selbst unter Strafe, nicht aber die der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Wenn sie dann obendrein noch so lax gehandhabt wird, so wäre sie besser ganz unterblieben. Sie erweckt nur den Anschein, als wenn auf diesem Gebiet etwas geschehen sei und beschönigt das Nichterscheinen eines Gesetzes für Arbeitsvermittlung. Die auf der Konferenz der Gewerkschaften aller Richtungen am 20. Februar 1918 beschlossenen Leitsätze scheinen uns eine durchaus geeignete Grundlage für ein solches Gesetz zu sein. Nachdem ein führender Gewerkschaftler Arbeitsminister geworden ist, könnte man auch die umgehende Erledigung durch eine Vorlage erwarten.

Mindestens kann man nun doch verlangen, daß die als Nothilfe geltende Verordnung des Demobilmachungsausschusses strikte durchgeführt wird.

Verband der Gastwirtsgehilfen. Ortsverwaltung Groß-Berlin.

Der Zimmererverband im Gau Brandenburg.

Der Zimmererverband hat seit Kriegsende im Gau Brandenburg sehr erfreuliche Fortschritte gemacht. Während am Schlusse des Jahres 1918 insgesamt 62 Zahlstellen mit 4495 Mitgliedern vorhanden waren, hat sich die Zahl der Zahlstellen bis Ende Juli dieses Jahres auf 81 und die Mitgliederzahl auf 6475 erhöht. Gegenüber dem Friedensjahr 1913 ist somit eine Zunahme von 19 Zahlstellen und eine Mitgliederzunahme von 1980 zu konstatieren.

Mit dieser Ausbreitung des Verbandes ist naturgemäß auch sein Einfluß bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gestiegen. Von den 81 Zahlstellen im Gau sind seit April dieses Jahres in 68 Zahlstellen mit zusammen 6280 Mitgliedern die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich neu vereinbart worden.

In 17 Zahlstellen kam es vor der tariflichen Vereinbarung zum Streik, wovon der längste acht Wochen und der kürzeste einen Tag dauerte. Alle geführten Tarif- und Streikbewegungen endeten mit gutem Erfolg.

Die erzielten Lohnerhöhungen betrugen in:

8	Zahlstellen	mit	302	Mitgliedern	20—30	Pf.	pro Stunde
12	„	„	607	„	31—40	„	„
17	„	„	718	„	41—50	„	„
11	„	„	448	„	51—60	„	„
8	„	„	3745	„	61—70	„	„
5	„	„	245	„	71—80	„	„
3	„	„	134	„	81—90	„	„
1	„	„	30	„	95	„	„
2	„	„	36	„	100	„	„
1	„	„	15	„	123	„	„

Außerdem wurde in 8 Zahlstellen mit zusammen 3545 Mitgliedern eine besondere Vergütung für eigenes Handwerkzeug in Höhe von 2 bis 12 Pf. pro Stunde erreicht, während in 13 Zahlstellen mit zusammen 195 Mitgliedern die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen noch nicht erfolgt ist. Die Arbeitsgelegenheit im Gau ist im großen und ganzen eine recht gute. Der Prozentsatz der Arbeitslosigkeit ist, abgesehen von Berlin, wo zurzeit noch etwas über 100 Mitglieder ohne Beschäftigung sind, gleich Null.

Die Betriebsingenieure und Betriebsassistenten der Groß-Berliner Metallindustrie faßten folgenden Beschluß:

Die Vollversammlung der Betriebsingenieure und Betriebsassistenten der Groß-Berliner Metallindustrie erhebt gegen die Fassung des vom Verband Berliner Metallindustriellen vorgelegten Entwurfs eines Tarifvertrags entschieden Protest. Nicht die Klassifizierung nach Vorbildung darf maßgebend sein für die Entlohnung, sondern lediglich der Grundsatz „freie Bahn dem Tüchtigen" muß den Maßstab dafür bilden, daß eine logische Festsetzung der Gehälter nach der jeweiligen Leistung und Verantwortung gewährleistet wird.

Die völlig unannehmbaren Gehälter für Betriebsingenieure und Betriebsassistenten, wie sie in den Rahmen des Vorschlages gelegt sind, lehnt die Versammlung mit Entschiedenheit ab und bringt hierdurch zum Ausdruck, daß die Aufstellung derselben unmöglich, weder in sachlicher noch in sorgfältiger Weise erwogen und durchgearbeitet sein kann.

Die Versammlung beschließt, sich erneut auf den Boden der seitens der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände eingebrachten Vorschläge zu stellen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Alfred Scholz, Neukölln; für Anzeigen: Theodor Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3.

Spezialarzt Dr. Haedicke Friedrichstr. 187/88 (an der Mohrenstraße). Sprechzeit: 11–1, 5–7. 72L* Sonntags: 11–1

PLATIN. Gold, Silber, Zahngebisse kauft Frau Linke, Blücherstr. 40.

Dr. med. Karl Reinhardt Berlin, Potsdamer Str. 117 (a. d. Lützowstraße) Spezial-Arzt bewährte fachmännische Behandlung. Unentgeltliche Auskunft und aufklärende Gratis-Broschüren (Beschreibung sämtlich. Heilverfahren) in den Sprechstunden von ½12–2 mittags, ½6 bis ½10 Uhr abends, Sonntags ½11–1 Uhr (im verschlossenen Brief 1,25 Mk.).

Gelegenheitskäufe in Uhren Brillant- u. Goldsachen. G. Schliephacke, Friedrichstr. 210, Ecke Kochstr.

Echte Schweiz. Stumpen sind wieder am Lager. Wandelt, Kolonnenstr. 54 II. (Schönebg.) Geöff. 10–1, 4–6.

Kuhla-Pianos Verkauf im Fabrikmagazin N 31, Wattstr. 17/18.

Blendend weiße Zähne durch Chlorodont die wunderbar erfrischende Zahnpaste

Hebamme. Vertrauensvolle Auskunft. Preuß, Brunnenstr. 79.

Hautjucken! bes. in d. Bettwärme zu lästig. Kratzen reizend, rote Punkte, kl. wässerige Bläschen, Krätze heilt völlig Apoth. Schanz Hautausschlagsalbe. 2 Töpfe (zu einer Kur unbedingt erforderl.) 6 M. Glänz. Heilberichte. Versand per Nachn. nur durch Apotheker Schanz, Einsiedel bei Chemnitz i. Sa. 27. 55/17*

Verkäufe

Pelzgarnituren! Wunderbare Kreuzfüchse von 100 Mark an! Blaufüchse 75 Mark! Echte Nerzfüchse 80 Mark! Elegante Silberfüchse, Eisfüchse, Zobelfüchse sowie alle anderen Pelzarten in großer Auswahl zu allerbilligsten Sommerpreisen! Herrenanzüge! Herrenpaletots! Ulstertaschen! Schmucksachen! Leihhaus! Warschauerstraße 7. 1148*

Monteur-Anzüge, blaue, Friedensware, 30 Mark pro Stück. Tuchhandlung Becker, Seydelstraße 32 (Spittelmarkt). 1571*

Elektromotore, 220 Gleichstrom bis zu 2 PS. haben laufend abzugeben Gebrüder Sandmeyer, Markgrafenstraße 85. 758

Zentralbodbin, Eingerlungschrift. Fabrikat Haid u. Neu, auch gebraucht. Ratenzahlung gestattet. Kellisch, Nürnbergerstraße 64, Charlottenstraße 73/74.

Teppiche und Gardinen-Gelegenheitskäufe. Achtdenickerstraße 15 (Rosenthaler Platz). Reichliche Auswahl in Künstlergardinen, Zuggardinen, Stores, Tüllbettdecken, Steppdecken, Portieren, Tischdecken, Diwandecken, Teppiche, Läuferstoffe, Bettvorleger, Federbetten und dergleichen, preiswert. *

Waagekarren und andere Transportgeräte liefert billigst ab Lager Wagner, Köpenicker Straße 71. 1218*

Schutzhunde, Stubenhündchen, junge Foxterrier, Pinscher. Schäferhunde verkauft Schoßland, Palisadenstraße 23. 34/14*

Zinkwalzgeräte. Jeder usw. Spezialfabrik Munkauerstraße 27. Liefern 10 Prozent. 1128*

Kochherde, kleine und große, vorrätig. Herdfabrik Reform, Lichtenberg, Herzbergstraße 34. 90/15*

Nähmaschinen zu verkaufen, auch Teilzahlung gestattet. Hahn, Prenzlauerstraße 29. *

Laubenkolonisten. Holzkisten und Bauholzbretter in allen Größen verkauft Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 3, 2. Hof links, 3 Tr. Geschäftszeit 8–4 Uhr. 1546D*

Handwagen, Leiterwagen, Postenwagen, Ersatzteile, Gabelräder. Auswahl. Schmiede, Landsbergerstraße 18. 792*

Anzug, blau, Mittelfigur, 100 Mark. Seiffert, Rathenowerstraße 46. 2173

3 Kreuzfüchse, schöne Exemplare, gibt auch einzeln ab, à 450 Mark. Kürschnerei, Neukölln, Mainzerstraße 17. (Hermannplatz.) †152

Eisschrank verkauft Liebl, Rodenbergstraße 7. 756

Möbel

Metallbetten, weiß, schwarz, braun 75,—, Chaiselongues 75,—. Weide, Augustastraße 82a. Quergebäude parterre.

Möbel aller Art liefert preiswert, eventuell Zahlungserleichterung. Möbelhaus Luisenstadt, Köpenickerstraße 77/78, Ecke Brückenstraße, nahe Jannowitzbrücke.

Möbel-Groß, Große Frankfurter Straße 141, zweites Geschäft: Invalidenstraße 5, Ecke Ackerstraße, liefert stets zu billigen Preisen gute Möbel gegen bar oder bequeme Teilzahlung. Kriegsbeschädigte erhalten Rabatt. Anzeige mitbringen. Gerl 3 Mark.

Möbelkredit. Bequeme An- und Abzahlung. Einzelne Möbelstücke sowie vollständige Wohnungseinrichtungen. Kriegsbeschädigte und Vorzeiger unserer Annonce erhalten Rabatt. Gustav Gerisch, Strausbergerplatz 1/2, Ecke Fruchtstraße, am Schlesischen Bahnhof. 1278*

Möbel-Rath liefert preiswert Wohn-, Schlaf-, Speisezimmer, auch einzelne Möbelstücke, große Auswahl in farbigen Küchen. Teilzahlung gestattet. Elsasserstraße 84, am Oranienburger Tor. 1708*

Möbelkredit an jedermann. Kleinste Anzahlung, bequemste Abzahlung, größte Rücksicht. Einzelne Möbelstücke gebe bereitwilligst ab. Kriegsbeschädigte [illegible] Schonung. Bei Barzahlung bedeutende Preisermäßigung. Landwehr, Müllerstraße 7, eine Treppe. 805*

Möbel-Graw, Gneisenaustraße 18. Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Möbel, Polsterwaren. Kasse und Teilzahlung. 1328*

Küchen von 320 bis 1300 Mark, lackiert, lasiert, pitchpine. Unerreichte Auswahl. Billigste Preise. Direkt ab Fabrik. Küchenmöbel-Fabrik Vogel, Nur Große Frankfurterstraße 4, Ecke Fruchtstraße. *

Ausstellung modernster Küchen, farbig und lasiert, in allen Preislagen! Besichtigung erwünscht! „Berliner Möbelhaus" M. Hirschowitz, nur Südosten, Skalitzerstr. 20. Hochbahn Kottbusertor.

Küche, neu, zu verkaufen. Zeissen, Bergmannstr. 103, Hof II rechts. 2564b

Ersparnisse beim Möbelkauf! Entzückende farbige Küchen 450, 575, 698. Stubeneinrichtung mit Sofa 875. Bettstellen 75, 145, 185. Auch Gelegenheitskäufe. Möbelschau, Brunnenstr. 189 (Eingang Anklamerstraße). 1239*

Musikinstrumente

Pianos, prächtige, neue, gebrauchte, mäßige Preise, bequemste Ratenzahlung. Mietpianos, preiswert. Schler, Oranienburgerstr. 42. 14R*

Adam. Neue Pianos wieder in erstklassiger Qualität. Münzstraße 16. 1518*

Adam. Harmoniums. Münzstraße 16. 1518*

Adam. Stutzflügel, große Auswahl. Münzstr. 16. 1518*

Adam. Reparatur-Stimmwerkstatt. Münzstr. 16. 1518*

Nußbaumpiano, Prachtinstrument, Konzertstimmstock, Garantieschein, 2250,—, Flügelpiano spottbillig. Pianolager Alexanderstraße 27 (Alexanderplatz). 1698*

Pianos, besonders billige Gelegenheiten, gute, gebrauchte, prächtige, neue. Pianohaus Max Becker, Andreasstraße 47. 628*

Rabenstein-Piano, Friedensware, nußbaum, schwarz, großer Ton, preiswert. Münzstraße 10 III. 749*

Piano, elegantes schwarzes, 1800,—. Nußbaumpiano 2300 Mark, Konzertpiano 2900,—, verkauft Ernst, Oranienstraße 165 III. 1108*

Mandoline, Laute, Gitarre, Bandermandoline 45,— echtitalische 85,—. Konzertlaute 125,—, 140,— (Unterricht 3,— Monatshonorar, eventuell 10tägige Schnellkurse). Künstlervioline mit Zubehör 145,—. Konzertgeige 85,—. Ernst, Oranienstraße 165 III.

Notenrollen, für alle Kunstspielapparate passend, auch für Pianolas. Kauf, Abonnements und Auswahlsendungen. Ständig Neuerscheinungen. Auch offeriere 88er Künstlernoten. Wilhelm Spaethe, Potsdamerstraße 136/137, am Potsdamer Platz. 2788b*

Fahrräder

Fahrraddecken, Schläuche, billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer. Schwanditz, Linienstraße 13. 40/5*

Halbrenner, Gummibereifung, Freilauf, 250,—, verkauft Koenig, Mariendorf, Kurfürstenstraße 14. 2560b

Kaufgesuche

Metallabfälle, Kupfer, Messing, Zinn, Nickel, Zink, Aluminium, Quecksilber, photographische Rückstände, Platin, Gold- und Silberabfälle, sowie alle anderen Metalle kauft „Metallkontor", Alte Jakobstraße 138, Ecke Hollmannstraße. Tel.: Moritzplatz 12 898. 1148*

Platin-, Gold- und Silberabfälle, Quecksilber, Ketten, Ringe, Bestecke, Uhren, Tafelaufsätze, Tressen, photographische Rückstände, Papiere, Glühstrumpfasche, alte Zahngebisse, plattiertes Silber, deren Rückstände und Gekrätze usw. kauft Platin- und Silberschmelzerei Groß, Berlin, Köpenickerstraße 29, Telephon: Moritzplatz 2476. Eigene Schmelze, direkte Verwertung.

Platin, Silber, zu Original-Schmelzpreisen kauft Metallschmelze Cohn, Brunnenstraße 11, Hof, und Neukölln, Kaiser-Friedrichstr. 229 (nahe Hermannplatz). 1048*

Messingabfälle! Quecksilber! Kupferabfälle! Zinnabfälle! Aluminiumabfälle! Stanniolpapier! Bleiabfälle! Zinkabfälle! Platinabfälle! Zahngebisse! Bruchgold! Silberbruch! Höchstzahlend! Fabrikpreise! „Metallschmelze Baruch", Frankstraße 44. *

Kupferabfälle! Quecksilber, Messing, Zinn, Nickel, Zink, Blei, Aluminium, Stanniol, Zahngebisse, Glühstrumpfasche, Platin, Bruchgold, Silberbruch, Ketten, Ringe, höchstzahlend „Metallschmelze Cohn", Brunnenstraße 11 und Neukölln, Kaiser-Friedrichstraße 229 (nahe Hermannplatz). 1048*

Metalle jeder Art zu höchsten Preisen kauft jeden Posten Zweig, Invalidenstraße 142. Norden 1546. *

Elektrische Installationsmaterialien kauft laufend Buscher, Brandenburgstraße 59, Moritzplatz 12913. 1028*

Leim, Schellack, Bleiweiß, Firnis kaufen Gebrüder Berowski, Gneisenaustraße 5, Kollendorf 2279. 1262*

Goldankauf, Platin, Zahngebisse in Gold, Silber. Frau Knuth, Krautstraße 54 II. *

Nähmaschinen (Systemangabe) kauft Münster, Oranienstraße 167. 714*

Zahnkautschukabfälle, Schallplatten, Walzen, Glühstrumpfasche kauft „Metallkontor", Alte Jakobstr. 138, Ecke Hollmannstraße. (Moritzplatz 12 898.) 1148*

Klavier oder Flügel, eventuell Harmonium, kauft Schachtschneider, Buckowerstraße 14 III. Preisangabe erbeten. 1108*

Platineinkauf, Goldabfälle, Silberabfälle, Zahngebisse, Münzen. Frau Linke, Blücherstraße 40. 1585*

Platinabfälle. Gramm bis 20 Mark. Zahngebisse in Platin, Gold. Kautschuk zu höchsten Preisen kauft Metallkontor Alte Jakobstraße 138, Ecke Hollmannstraße. Moritzplatz 12898. 1148*

Spiralbohrer, Werkzeuge, nur neue, Motore, Schreibmaschinen, neue und gebrauchte, kauft laufend Richard Berlin, Moabit, Lübeckerstraße 18. 738*

Altmetall, Quecksilber kauft Peters, Prenzlauerstr. 24. 108

Altmetall, Quecksilber kauft Peters, Reinickendorferstr. 12.

Altmetall, Quecksilber kauft Rühus, Wallstraße 8. 908

Altmetall, Quecksilber kauft Ernst, Gubenerstr. 20. 908

Altmetall, Quecksilber kauft Degener, Bahnstraße 46, Schöneberg. 908

Leinölfirnis, Standöl, helle Oellacke, Harze, Kolophonium, Bleiweiß in Oel, Schellack kauft sofort Malerei Alfr. W., Gochenstraße 7, dicht Potsdamerstraße. 908

Leitungsdrähte, Kabel, Litzen, Anker, Spuldraht, Wickeldraht kauft Grünfeld, Kottbuserstraße 21. Moritzplatz 4815. 1740*

Magnete, Vergaser, Autopneus, Benzin kauft ständig zu hohen Preisen Schrader, Reinickendorferstraße 118, nahe Weddingplatz Moabit 6005. *

Bienenwachs, Leim, Paraffin, Harz, Lacke, Schellack kaufen höchstzahlend Gebrüder Nook, Große Frankfurterstraße 12/13.

Grammophon-Apparate und -Platten kauft bei Selbstabholung A. Vogt, Neukölln, Lennéstraße 26.

Elektromaterial, Leitungsdrähte, Litzen, Glühlampen, Elektromotoren, Meßinstrumente kauft Kaiser, Reichenbergerstraße 13a. Moritzplatz 4710. 2562b*

Silber, Gold, Platin, Münzen, Zahngebisse kauft [illegible], Admiralstraße 33. Telephon Moritzplatz 11908. *

Zahngebisse, Platinabfälle, Quecksilber, plattiertes Silber, sowie sämtliche Edelmetalle und Unedelmetalle. Elektrische Kabeldrähte, Zelluloide, Filmabfälle, Glühstrumpfasche, kauft höchstzahlend „Silberschmelze [illegible]", nur Köpenickerstraße [illegible] (gegenüber Manteuffelstraße). 50/11*

Kleinmotoren zu kaufen gesucht. Hoseborn, Kochstraße 50/51. Zentrum 12053. *

Wir sind Großkäufer sämtlicher Kupferleitungen und Litzen jeden Quantums zu den höchsten Tagespreisen. Paul Fleischer, Skalitzerstr. 61. Elektromaterialien-Großhandlung. Fernsprecher: Moritzplatz Nr. 775, 1950, 1904. 98/17.

„Vorwärts"-Nummern gesucht. Die im 4. Quartal 1918 erschienenen Nummern des „Vorwärts" werden zu kaufen gesucht. Angebote unter G. 71 an die Hauptexpedition des Blattes.

Unterricht

Kaufmännische Privatschule von Paul Kowalski, Köpenickerstraße 148, am Schlesischen Bahnhof. Ausbildung in allen Handelsfächern sowie Stenographie, Maschinenschreiben, Englisch, Französisch, Polnisch, Russisch, Deutsch, Schreiben, Rechnen, polnische Stenographie und Maschinenschreiben, kaufmännische und landwirtschaftliche Buchführung. Tages- und Abendkurse. 778

Englischen Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene, sowie deutsche und französische Stunden erteilt G. Spienta, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus IV. *

Heinrich Maurers Privat-Zuschneideschule, Alexanderplatz (Eingang Königsgraben). Tages-, Abendkurse, Herren-, Damenschneiderei, Wäsche, Putzkurse, Schnittzeichnen, Zuschneiden, Anfertigung, Schnittmuster. Lehrplan kostenlos. Fernsprecher: [illegible] 880. 84D

Technische Privatschule Berlin, Weddingplatz, Reinickendorferstraße 2. Elektrotechnik, Maschinenbau. Tageskurse, Abendkurse, Prospekte kostenlos. Prof. Hoppe. 474*

Tanzschule Friedrich, Oranienburgerstraße 32/33. Anfang August beginnen neue Herbstzirkel. Wochentagskurse, Sonntagskurse. 4014*

Schloßplatz. Kaufmännische Privatschule von Max Schölich, Inhaber Emil Walcher, Berlin, Brüderstraße 39. Anfang Juli beginnen Jahres- und Halbjahreslehrgänge zur Ausbildung für den kaufmännischen Beruf. Fernsprecher Zentrum 9677. 1862*

Berlitz-Schulen G. m. b. H., Unterricht in allen Sprachen. Abendklassen, Englisch und Französisch 10 Mark monatlich. Kleine Tagesklassen, Einzelunterricht während des ganzen Tages. Prospekt kostenlos. Leipzigerstraße 123a, Tauentzienstraße 19a. 1938*

Technische Privatschule Dr. Werner, Regierungs-Baumeister a. D., Berlin, Neanderstraße 3. Ausbildung zu Werkmeistern, Technikern, Konstrukteuren, Maschinenbau, Elektrotechnik, Hochbau, Tiefbau, Abendkurse, Tageskurse. 88/5*

Spittelmarkt, Seydelstr. 1. Kaufmännische Privatschule von Ludwig Rüsner. (Börsenbahnhof) Neue Promenade 3. Halbjahres-, Jahreslehrgänge. Anfang August beginnen Lehrgänge für Kurzschrift, Maschinenschreiben, Schreiben und Privatzirkel (3 Teilnehmer) in allen Fächern. *

Vermietungen

Mietgesuche

4—6-Zimmer-Wohnung, frei, mit allem Komfort 1. Oktober gesucht. Vermittler erwünscht. Offerten unter K. St. 45 Vorwärtsausgabe Wilmersdorf, Uhlandstraße 98/99. †183

Verschiedenes

Kostenlose Rechtsberatung! Ehescheidungs-, Strafsachen-Spezialität! Prozeßführung! Gesuche! Rechtshilfsstelle Neukölln, Berlinerstraße 106 (Hermannplatz). 828*

Geldgeber verleiht Darlehen in jeder Höhe, auch an Damen. Danziger, Berlin, Bülowstraße 17. 1068*

Detektivbureau, Auskunftei, Beobachtungen, Ermittelungen, Schreibmaschinen-Arbeiten, Zeugnisse, Abschriften. Waldemarstraße 4. 278*

Maskenkostüme. Fehrbellinerstraße 3. 1129*

Detektiv, Auskunftei, Ermittlungen, Auskünfte, Ehescheidungsbeweise prompt, billig. „Klug", Friedrichstraße 131 II. 712*

Die Beleidigungen, die ich über die Eheleute Trzwik, Bandelstr. 6, ausgesprochen habe, nehme ich hiermit zurück. Josef Juraschek, Birkenstraße 31. 7179

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Arbeiter verlangt D. Sandmann, Weingroßhandlung, Alexandrinenstr. 105/106. 12/14

Herrschaftlicher Kutscher, zugleich Diener, verheiratet, kinderlos, bei freier Wohnung und Gehalt gesucht. Nur Bewerber mit besten, langjähr. Zeugnissen wollen sich melden unter K. 9455 an Daube u. Co., Berlin SW. 19. 72/14

Arbeiterinnen verlangt sofort D. Sandmann, Weingroßhandlung, Alexandrinenstraße 105/106. 72/17

Tüchtige Verkäuferin aus der Materialwarenbranche, mit Kartensystem vertraut, für Steglitz, Friedenau, Schöneberg, Charlottenburg, Lichterfelde, Südende gesucht. Vorstellung beim Beamtenwirtschaftsverein zu Berlin-Tempelhof, Germaniastraße 47/49. 72/15

Trauerhut-Arbeiterinnen in und außer Hause bei höchstem Gehalt sucht sofort in Dauerstellung Max Stein, Spittelmarkt 11. 2369

Tüchtige Taillenarbeiterinnen für feine Maßarbeit verlangt Wertheim G. m. b. H., Wilhelmstraße 46/47.

Handnäherin verlangen Elsner u. Haschke, Abteilung Lampenschirme, Alexandrinenstraße 93. 2567b

Muster-Arbeiterinnen für Blusen im Hause verlangen Tuch u. Löwenberg, Mohrenstraße 29/30. 2568b

Junges Mädchen für leichte Kontorarbeiten verlangt sofort. Schriftliche Offerte und Gehaltsansprüche erbeten. Ernst Gutsche, Spreeuferstraße 18. †177

Zeitungsausträgerin verlangt die Vorwärtsausgabestelle Ackerstraße 174, am Koppenplatz. *

Zeitungsausträgerin verlangt Vorwärts-Spedition, [illegible] 21. *

Zeitungsträgerin verlangt Vorwärts-Spedition Berlin-Schöneberg, Belzigerstraße 27.